

15.00

**Bundesrat Günther Novak** (SPÖ, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Herr Stegmüller! (*Bundesrat **Stögmüller**: Stögmüller!*) – Herr Stögmüller, dass wir die FPÖ rechts überholen, werdet ihr uns wohl nicht zutrauen. Das werden wir auch nicht zusammenkriegen. (*Bundesrat **Krusche**: Euch ist alles zuzutrauen!*) Das ist zwar Ihre Meinung, aber es ist schon sehr gewagt ausgedrückt, dass wir das zusammenkriegen sollten. (*Vizepräsidentin **Winkler** übernimmt den Vorsitz.*)

Lieber Kollege Werner Herbert, ich muss schon sagen, dass es auch ein bisschen weit hergeholt ist, Österreich im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik als „Wilden Westen“ zu bezeichnen. Dass sich die Bundesregierung nicht bemüht, kann man beim besten Willen nicht sagen, denke ich. Dass es der FPÖ nicht so passt, wie wir uns bemühen und in welche Richtung es gehen soll, bleibt dahingestellt. Dass aber nicht alles in Ordnung ist, weiß ich persönlich auch. Das wissen wir alle, und deshalb gibt es auch dieses neue Gesetz, um gewisse Dinge zu verschärfen.

Denken wir zurück: Als vor 20 Jahren in Europa die Grenzen zwischen den jeweiligen Staaten gefallen sind, haben uns die Politiker und viele Menschen im Grunde genommen versprochen, dass die so genannten Schengen-Außengrenzen künftig streng überwacht und kontrolliert werden. Das ist eigentlich nicht eingetreten, so wie wir uns das vorgestellt haben. Es war nicht möglich, den Wegfall der damaligen Grenzen zu kompensieren.

Ich möchte jetzt gar nicht auf die einzelnen Punkte dieses Gesetzes eingehen. Denken wir an das letzte Jahr zurück, was sich da an der Südgrenze Österreichs abgespielt hat! Heute haben auch Polizisten, die ihren Beruf ausüben oder im gewerkschaftlichen Bereich tätig sind, gesprochen. Wir haben gehört, dass die Polizisten eigentlich tatenlos zusehen mussten, wie viele Migrantinnen und Migranten legal oder auch illegal nach Österreich oder durch Österreich marschiert sind. Die streng kontrollierten Außengrenzen haben also im Grunde genommen total versagt. Dieses Szenario haben wir alle noch im Kopf.

Mein Kollege und Vorredner Bürgermeister Schödinger hat das schon festgestellt, und ich sage Ihnen das auch: Wenn man als Bürgermeister in einer Gemeinde – so wie ich auch – Flüchtlinge beherbergt und im zweitgrößten Bezirk Österreichs, im Bezirk Spittal, unterwegs ist, dann hat man einfach das Gefühl, dass diese Bilder bei manchen Menschen einen gewissen Schock ausgelöst haben und dass sie total verunsichert waren.

Ich habe mir etwas herausgeschnitten – mittlerweile bin ich schon fast wie Kollege Dörfner –, an das Sie sich vielleicht auch noch erinnern: Es hat in der „Kronen Zeitung“ ein Voting gegeben, bei dem man die Menschen gefragt hat: Fühlen Sie sich wohl in Österreich? Fühlen Sie sich sicher in Österreich? – 85,5 Prozent haben das mit „Nein“ beantwortet und 14,5 Prozent mit „Ja“. Das ist im Grunde genommen die Auffassung jener Bevölkerungsteile, die denken, dass so etwas nicht mehr geschehen darf, dass der Staat eigentlich die Souveränität behalten sollte, und dass an den Grenzen die Möglichkeit geschaffen werden sollte, Überprüfungen durchzuführen. Es gilt dem also wirklich massiv entgegenzusteuern, und dazu sind wir als Politik aufgefordert.

Die österreichische Bundesregierung hat vielleicht aufgrund dessen, was auch heute schon gesagt worden ist – dass wir im ersten Jahr jenen 90 000 Menschen Asyl gegeben und viele nach Deutschland und Schweden durchgewinkt haben –, zur gesamteuropäischen Situation beigetragen. In weiterer Folge ist die Initiative zur Westbalkanroute eigentlich von Österreich ausgegangen, und im Grunde genommen genauso das Grenzmanagement am Brenner, das jetzt in Diskussion ist.

Ich denke da auch zurück, denn ich habe voriges Jahr auch zu diesem Thema gesprochen. Ich habe noch im Kopf, dass die Frau Innenministerin und der Justizminister eigentlich festgestellt haben: Wir müssen irgendetwas tun, wir müssen die EU verklagen, um eine gerechte Aufteilung von Flüchtlingen zu gewährleisten. – Zumindest der Gedanke war da.

Die Kommissionssprecherin hat dann im Juli oder August festgestellt: Es ist definitiv nicht die Zeit, um gegeneinander vor Gericht zu gehen! – Damit hat sie vielleicht nicht unrecht gehabt. Der Nachsatz war aber, die EU-Kommission werde am Ende des Jahres einen Vorschlag für eine gerechte Verteilung im EU-Rat diskutieren. Man hat also die Verteilung der Flüchtlinge komplett vernachlässigt und bis heute noch keine Lösung gefunden. Das ist eigentlich der Schwachpunkt, den die EU heute noch hat.

In letzter Zeit ist innerhalb der EU darüber diskutiert worden, dass es für jeden Flüchtling beziehungsweise für jede Person, die von einem einzelnen Land nicht aufgenommen wird, 250 000 € Strafe geben soll. Das kann ich mir leider Gottes auch nicht vorstellen, weil das im Grunde einfach lachhaft ist.

Jetzt kommt das eigentlich auf uns zu, und da wird uns dieses Gesetz helfen. Heute und in den letzten Tagen sieht man in den Medien, dass Erdoğan in der Türkei mit seinen Aussagen im Grunde genommen ankündigt, dass er diesen Pakt zum Anti-Terrorgesetz, den man abgeschlossen hat, nicht erfüllen will. Dann wird es auch keine Visafreiheit für die Türken geben. Wenn er seine Ankündigungen wahr macht, dann

werden viele, viele Menschen vor der Tür stehen. Genau zu diesem Zeitpunkt brauchen wir dann dieses Gesetz.

Ich habe mir noch etwas aus einer großen auflagenstarken Zeitung herausgenommen: Deutschlands Kanzlerin Merkel hat auf die Frage, was denn geschehe, wenn eine größere Zahl von Flüchtlingen über Italien kommen würde, geantwortet: „Dann macht Österreich den Brenner dicht.“ So leicht wird es wahrscheinlich nicht gehen, aber wenn wir das Gesetz nicht haben, das wir heute schlussendlich im Bundesrat beschließen, dann wird es überhaupt nicht funktionieren.

Etwas sollte man sich vielleicht auch noch vor Augen halten: Eine Person, die aus einem sicheren EU-Land – gemeint ist jetzt zum Beispiel Griechenland, obwohl das nicht mehr der Fall ist – unbedingt in ein Nicht-EU-Land will – gemeint ist in dem Fall Mazedonien, dort ist es nicht mehr möglich, aber das war so –, und von dort nach Durchquerung weiterer sicherer Staaten nach Österreich will, hat streng genommen eigentlich das Recht verwirkt, in Österreich noch als Verfolgter betrachtet zu werden.

Ich sehe die menschliche Komponente in der Argumentation von jenen, die gegen das heute zu beschließende Gesetz sind. Das ist keine Frage, aber es gibt keine stichhaltigen Argumente, wie wir das lösen können. Meine Damen und Herren hier im Bundesrat! Das Argument, dass allen Menschen geholfen werden müsste, ist hinfällig, weil es bisher schon nicht geschehen ist.

Denken Sie beispielsweise einmal an die brutalst vergewaltigten jesidischen Frauen, die wohl zu den schutzwürdigsten Menschen zählen! Sie sitzen nach ihrer Flucht aus den Händen der IS-Barbaren nach wie vor in Lagern im Nordirak fest und erhalten dort meines Wissens keine der so dringend benötigten Traumatherapien.

Das heißt: Die heute zu beschließende Notstandsregelung ist ein wichtiges Instrumentarium, um im Notfall die Handlungsfähigkeit zu bewahren und rasch reagieren zu können. Daher ist sie zu begrüßen, denn die primäre Aufgabe der Regierenden des Landes ist der Schutz der ihr anvertrauten Bevölkerung.

Natürlich wird man im Rahmen der Möglichkeiten versuchen, zu helfen. Österreich hat, wie die Geschichte zeigt, immer geholfen. Allerdings ist es einfach etwas anderes, ob man Menschen aus den unmittelbaren Nachbarländern hilft oder Menschen, die mehrere sichere Länder durchquert haben und sich das Land ihrer Wahl aussuchen möchten.

Trotzdem hat Österreich im letzten Jahr – wir haben es gehört – 90 000 Personen aufgenommen. Wir liegen im Ranking an der dritten Stelle. Aber so etwas, das wissen wir aus der Bevölkerung, wird nicht mehr möglich sein und ist auch nicht wiederholbar.

Dafür fehlen uns nicht nur die Kapazitäten der Unterkunft – außer wir haben in jedem Ort die Möglichkeit, Flüchtlinge unterzubringen –, es fehlen vor allem die Arbeitsplätze. Zum Schluss sage ich es noch einmal: Es fehlt uns, und das ist nachweisbar, die Akzeptanz der Menschen, der Bevölkerung in Österreich. Das zu erkennen, werte Damen und Herren hier im Bundesrat, und entsprechend zu handeln, bedeutet Realpolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

15.10

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Mag. Sobotka. – Bitte, Herr Minister.